

1 **Antrag-Nummer:** A5

2 **Antragsteller:** JUSOS

3 **Betreff:** Gegen Scheinlösungen, für die Selbstbestimmung von Frauen*¹: Ersatzlose
4 **Streichung des "Werbeverbots" für Schwangerschaftsabbrüche!**

5

6 Der Unterbezirksparteitag Bochum möge den folgenden Antrag annehmen und zum nächsten
7 Landesparteitag einreichen. Ebenfalls wird dazu aufgefordert, sich auf diversen Ebenen für eine
8 Umsetzung einzusetzen:

9

10 Die ersatz- und kompromisslose Streichung des §219a StGB und die Freigabe zur Abstimmung als
11 Gewissensentscheidung.

12

13 **Begründung:**

14

15 Die körperliche Selbstbestimmung von Frauen* wird eingeschränkt. Das sogenannte "Werbeverbot"
16 für Schwangerschaftsabbrüche stellt letztendlich nur ein Informationsverbot dar, das die Freiheit von
17 Informationssuchenden einschränkt.

18 Weiterhin ziehen die Änderungen am Paragraphen §219a negative Folgen für Ärzt*innen nach sich.
19 Ihnen ist es weiterhin nicht möglich, offen über Verfahren, Konsequenzen, Risiken und Alternativen
20 zu informieren. Stattdessen soll ein Link auf externe Informationsseiten dies übernehmen.

21 Festzustellen ist aber, dass eine Beratung von Schwangeren bereits ausreichend geregelt ist über
22 eine verpflichtende, ausführliche Aufklärung, wie sie bei allen medizinischen Eingriffen vorzunehmen
23 ist. Der häufige Vorwurf, Ärzt*innen würden finanziell von Abbrüchen profitieren, ist ebenfalls nicht
24 haltbar.

25 Zusätzlich zu der Liste auf externe Informationsseiten soll es auch eine öffentliche Liste im Internet
26 alle Ärzt*innen aufzeigen, die Abbrüche vornehmen. Anstatt eine dezentrale und selbstbestimmte
27 Informationspolitik von Ärzt*innen für Patientinnen* zu ermöglichen, öffnet eine zentral zugängliche
28 Liste Tür und Tor für Missbrauch. Dies zeigt sich bereits jetzt an ähnlich gearteten, privat
29 zusammengestellten Listen, durch die radikale Abtreibungsgegner*innen Ziele für Belagerungen und
30 Terrorisierungen von Kliniken, Praxen und Ärzt*innen finden. Parallel dazu existieren im Internet eine
31 Vielzahl von Seiten von radikalen Abtreibungsgegner*innen, die Falschinformationen verbreiten, den
32 Holocaust relativieren und Schwangere unter Druck setzen. Eine freie Möglichkeit an Informationen
33 zu bekommen wird durch die aktuelle Regelung nicht ermöglicht.

34 Die Annahme des Kompromisses zu §219a wird häufig begründet durch Zugeständnisse des
35 Koalitionspartners bezüglich oraler Kontrazeptiva ("Anti-Baby-Pille"). Dies ist jedoch nicht
36 ausreichend. Zwar begrüßen wir, dass mehr Frauen* Zugang zu Medizinprodukten erhalten,
37 nichtsdestotrotz hat es den bitteren Beigeschmack, dass Frauen* eine Freiheit erhalten, nur um in
38 einer anderen eingeschränkt zu werden

39 Eine historische Relevanz lässt sich für den Paragraphen ebenfalls feststellen. Aus dem Jahre 1933
40 stammend, diente er dem Zweck des "Schutzes bevölkerungspolitischer Interessen"². Zwar wurde er
41 immer wieder überarbeitet, nichtsdestotrotz bleiben Geist und Wesen dieses Paragraphens. Auch
42 den Grundfesten unserer sozialdemokratischen Partei widerspricht dieser Paragraph, der Einsatz für
43 Gleichstellung und Freiheit war bei uns schon immer zentral. Schon im vergangenen Jahrhundert
44 bezeichnete Willy Brandt den allgemeinen Paragraphen zum Schwangerschaftsabbruch als "schwer
45 erträglichen Restbestand sozialer Ungerechtigkeit des vorigen Jahrhunderts" und Genossin Elfriede
46 Eilers bezeichnete die Möglichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen als "entscheidenden Schritt hin

¹ Frauen* inkludiert hierbei alle, die körperlich schwanger werden können

² *Entstehungsgeschichte des §219a StGB*; Aktenzeichen: WD 7 - 3000 - 159/17; *Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags*

47 zur Eigenverantwortung und sozialen Gleichstellung der Frauen". Es wird Zeit, jahrzehntealte
48 Grundpositionen endlich umzusetzen.

49

50

51

Antrag

angenommen

abgelehnt

überwiesen an